

GR Markus HUBER

27. April 2023

Dringlicher Antrag**Betreff:** Keine Parkgebührenerhöhung 2023

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Der Verkehr, insbesondere das Parkraumthema, ist für viele Grazerinnen und Grazer, zu einem der zentralen Aspekte in der Grazer Stadtpolitik in den letzten Wochen und Monaten geworden. Viele Anrainerinnen und Anrainer fühlen sich im Stich gelassen, da ohne ausreichende Diskussion und auch ohne Alternativlösungen anzubieten, Parkplätze gestrichen werden. Der Druck für die Menschen, die jeden Tag auf ihr Auto angewiesen sind, ist so merklich gestiegen.

Neben den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie Parkplatzsuchenden sind auch die Unternehmerinnen und Unternehmer die Leidtragenden einer Erhöhung. Insbesondere die Innenstadtwirtschaft wird ohnehin durch Dauerbaustellen und maßlose Parkplatzreduktionen geschädigt. Höhere Parktarife werden den wirtschaftlichen Druck auf die Unternehmerinnen und Unternehmer zusätzlich erhöhen und langfristig dazu führen, dass die Konsumenten immer mehr auf die Einkaufszentren am Stadtrand ausweichen – Eine Situation, die die Innenstadt nachhaltig schädigen wird.

Nun aber möchte die Grazer Koalition diesen Druck weiter erhöhen und die Parkgebühren in der Grünen und Blauen Zone hinaufsetzen. Dies wird in Zeiten angedacht, in denen die Bevölkerung ohnehin unter enormen finanziellen Belastungen leidet und eine hohe Inflation herrscht. Zurück bleibt der fahle Beigeschmack, dass ein sehr wackeliges Grazer Budget, auf Kosten der Autofahrerinnen und Autofahrer saniert werden soll.

Die Kommunikation der Grazer Koalition zu diesem Thema ist erneut geprägt von Unklarheiten. Aus der Zeitung erfährt man, dass es einen Brief von Bürgermeisterin Kahr und Finanzstadtrat Eber an die steirische Landesregierung gegeben hat, in der um eine Erhöhung der Obergrenze für die Grüne Zone ersucht wird. Leider wurde dieser Schritt ohne die Einbindung des Stadtsenates oder des Gemeinderates gesetzt. Der Landtag ist dieser Bitte nachgekommen. Die tatsächliche Höhe der Tarife muss allerdings der Gemeinderat festlegen.

Letztendlich fehlen aber auch die attraktiven Ausweichmöglichkeiten, um den Autofahrerinnen und Autofahrern, den Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel schmackhaft zu machen und zu erleichtern. Die Bevölkerung mit höheren Parktarifen praktisch dazu zwingen zu wollen, auf das Auto zu verzichten und die Öffis zu benutzen, ist nicht nur eine beispiellose Bevormundung der Bevölkerung durch die Koalition,

sondern macht auch deutlich, dass Grüne und KPÖ Klientelpolitik auf Kosten vieler Steuerzahlerinnen und Steuerzahler machen.

Die verkehrspolitische Transformation ist wichtig und muss passieren, jedoch nicht auf Kosten derjenigen, die ohnehin schon mit hohen Lebenserhaltungskosten konfrontiert sind und keine Ausweichmöglichkeiten haben. Denn höhere Parktarife sorgen mit Sicherheit nicht für mehr soziale Gerechtigkeit, wie die Initiative „MoVe iT“ fälschlicherweise behauptet und sogar einen Parktarif von drei Euro fordert.

Neben dem Aspekt der Erhöhung gibt es in Graz, insbesondere in den Außenbezirken, auch immer mehr die Herausforderung, dass Anrainerinnen und Anrainer keinen Parkplatz finden, da die dort frei zur Verfügung stehenden Parkflächen wochenlang von Dauerparkern besetzt sind. Dieser Umstand ist zurzeit nicht lösbar, da eine Einführung von Parkzonen oft an der Wirtschaftlichkeit scheitert. Eine einfache Lösung wäre die Einführung einer Kurzparkzone ohne Gebührenpflicht - wie sie in anderen steirischen Gemeinden oft praktiziert wird - verbunden mit einer ebensolchen Regelung für die Ausnahmegenehmigungen für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie Unternehmen.

Ich stelle daher namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei folgenden

Dringlichen Antrag:

- 1) Der Gemeinderat beauftragt die zuständigen Stellen zu prüfen, im heurigen Jahr die Parkgebühren nicht zu erhöhen.
- 2) Die zuständigen Stellen werden ersucht, die Einführung einer wie im Motivenbericht beschriebenen Kurzparkzone ohne Gebührenpflicht (mit Parkuhr) inklusive Ausnahmeregelungen für die Bewohnerinnen und Bewohner sowie Unternehmen zu prüfen. Dies sollte unter Einbindung der Bezirke erfolgen.